



Trafen sich in Sachen direkte Demokratie: Die Experten Bruno Kaufmann, Wilfried Marxer, Theo Schiller und Zoltán Pállinger (von links nach rechts). (Foto: Paul Trummer)

# Wilfried Marxer: «Das Thema direkte Demokratie betrifft uns alle»

**Politische Tagung** Heute endete am Liechtenstein-Institut ein Meeting zum Thema direkte Demokratie. Vier ausgewiesene Experten betonten im Mediengespräch die Relevanz direktdemokratischer Instrumente für Liechtenstein und Europa.

VON SEBASTIAN GOOP

Den vier Herren, die gestern im Rahmen eines Mediengesprächs am Liechtenstein-Institut die direkte Demokratie ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten, merkte man an: Sie alle sind glühende Verfechter direktdemokratischer Praxis im vereinten Europa, der Schweiz und Liechtenstein. Bruno Kaufmann vom schwedischen «Initiative & Referendum Institute Europe», Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, Theo Schiller von der

Forschungsstelle Bürgerbeteiligung in Marburg und Zoltán Pállinger, Professurleiter in Budapest, informierten kompakt und anschaulich über aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Grenzen des politischen Instruments der direkten Demokratie (Video unter [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)).

«Initiativrecht ist wichtig für EU»  
«Das Thema ist in Liechtenstein derzeit von höchster Relevanz und be-

## «Das europäische Bürgerinitiativrecht kommt im 2012.»

BRUNO KAUFMANN  
INITIATIVE & REFERENDUM INSTITUTE

trifft uns alle», betonte Wilfried Marxer zu Beginn der Informationsveranstaltung. Nicht umsonst habe es im laufenden Jahr schon drei Volksabstimmungen gegeben. Bruno Kaufmann schlug seinerseits den Bogen nach Europa: Welche Bedeutung die direkte Demokratie innerhalb der EU habe, sei daran erkennbar, dass innerhalb der Union im kommenden Jahr die Möglichkeit gegeben sein würde, mittels Unterschriften Volksentscheide herbeizu-

führen: «Das Europäische Bürgerinitiativrecht wird in Europa ein sehr wichtiges Instrument sein.» Der Marburger Wissenschaftler Theo Schiller hob hervor: «Die Abstimmung über Stuttgart 21 hat den Diskurs über die direkte Demokratie in Deutschland neu entfacht.» Indessen verdeutlichte sein Kollege Zoltán Pállinger, dass «die Krisenerscheinungen in der Europäischen Union durch mehr direkte Demokratie behoben werden könnten».